

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Alimentationszahlungen bei der Berechnung der Wohnbeihilfe vom Einkommen abziehen

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss für alle Menschen leistbar sein. Deshalb bietet das Land Steiermark eine besonders umfangreiche Wohnbeihilfe an, heißt es auf der Homepage des Landes Steiermark. Und tatsächlich und selbstverständlich ist auch für uns die Wohnbeihilfe eine notwendige und durchwegs positiv zu bewertende Maßnahme, um das Grundbedürfnis Wohnen auch für Menschen zu befriedigen, denen es nicht so gut geht, die über kein großes Einkommen verfügen. Dennoch gibt es in der täglichen Praxis einige Schwachstellen und auf eine dieser Schwachstellen möchte ich mit diesem Antrag hinweisen und versuchen, ihn aus meiner Sicht auch zu beheben.

Alimentationszahlungen für Kinder werden nicht vom Einkommen des Unterhaltspflichtigen abgezogen. Daher kommt es in der Praxis oftmals zu besonderen Härtefällen. Davon sind insbesondere Männer betroffen, die regelmäßig ihren Unterhaltspflichten nachkommen. Gerade Männer, die vielleicht zwei/drei Kinder haben und für die Alimente bezahlen müssen, deren Einkommen, das was ihnen netto sozusagen zur Verfügung steht, sinkt unter jegliche vernünftige Grenze, sodass ihnen kaum genug zum Leben bleibt. Nun hat die Kollegin Waltraud Haas-Wippel dankenswerterweise, möchte ich fast sagen, einen Abänderungsantrag eingebracht. Ich glaube, der ist auch allen nunmehr bekannt. Da geht es darum, dass es generell bei personenbezogenen Beihilfen und Förderungen einen einheitlichen Einkommensbegriff mit einer einheitlichen Berechnungsmethode geben soll. Härtefälle natürlich sollen ausgeschlossen werden. Ich habe mir erlaubt, diesen Antrag

als zweiten Punkt in meinen Antrag aufzunehmen. Ich halte das für eine sinnvolle und positive Petition sozusagen an den Landtag. Ich glaube aber dennoch, dass es notwendig ist, dass man in einem ersten Schritt sozusagen diese Problematik bei der Wohnbeihilfe in Angriff nehmen sollen und ich möchte vielleicht auch noch dazu erwähnen, weil das in Diskussionen im Vorfeld, gerade auch mit dir, Waltraud, natürlich eine Rolle gespielt hat. Selbstverständlich ist es mit der Annahme dieses Antrages nicht so, dass die Frauen, die Alimente bekommen, indirekt dafür bestraft werden, indem die Alimente dann als Einkommen angerechnet werden, sondern die Alimente sollen natürlich den Kindern zugutekommen und sind damit auch kein Bestandteil des Einkommens. Ich würde fast sagen, es ist etwa analog zur Familienbeihilfe, die ja auch nicht als Einkommen berechnet wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Stadt Graz tritt an den Landtag Steiermark im Petitionswege heran, damit dieser eine Änderung des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes dahingehend beschließt, dass in Zukunft bei der Berechnung der Wohnbeihilfe geleistete Alimentationszahlungen vom Einkommen abgezogen werden.
2. Außerdem wird der Landtag ersucht, in einem weiteren Schritt für alle personenbezogenen Beihilfen und Förderungen einen einheitlichen Einkommensbegriff mit einer einheitlichen Berechnungsmethode zu entwickeln. Dabei soll gewährleistet sein, dass Härtefälle ausgeschlossen werden.

Ich ersuche um Annahme. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, lieber Manfred! Ja, der Antrag ist dringlich, ich glaube, jeder und jede von uns kennt Härtefälle und deshalb stimmen wir auch der Dringlichkeit zu. Wo wir Bedenken haben, und das haben wir auch besprochen, ist, dass der Punkt 1 möglicherweise ein Schnellschuss ist, weil gerade, wenn es um Anrechnung von Alimentationszahlungen geht, es in Österreich unterschiedliche Regelungen gibt und zum Beispiel Oberösterreich, wo es zum Einkommen gezahlt wird, und deshalb nicht die Frauen in erster Linie die Benachteiligten sind, sondern vor allem die Kinder. Das wären dann auch Kinder, die selbständig schon in einem Haushalt leben, aber noch Alimente beziehen. Deshalb warnen wir vor dem Schnellschuss, stimmen nur dem zweiten Punkt zu und nicht dem ersten Punkt, denn da könnte der Schuss wirklich nach hinten losgehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrte Kollegen, lieber Manfred Eber! Vielen Dank für diesen tollen Antrag, wir Freiheitlichen haben das auch schon erkannt dieses Problem und haben deswegen im Steirischen Landtag schon Aktivität gesetzt und zwar in Form einer schriftlichen Anfrage an Landesrätin Kampus. Die Beantwortung ist leider noch nicht erfolgt, weil die Frist noch nicht abgelaufen ist. Unser Ziel ist es, allgemein eine Reform der Wohnbeihilfe für Niedrigverdiener, um sie zu entlasten, zu erwirken und deshalb stimmen wir der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Eber**: Ich danke jetzt schon für die Unterstützung. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, selbstverständlich sollen die Alimente nicht als Einkommensbestandteil gesehen werden und berechnet werden, denn damit würde man natürlich die Frauen und, wie es gesagt wurde, die Kinder schlechter stellen und das ist selbstverständlich nicht die Intention dieses Antrages. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

2) Leerstand/Mobilisierung von Wohnraum

GR. Mag. **Haßler** stellt namens von SPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wohnraum, und das speziell in Form von leistbarem Wohnraum, ist in unserer Stadt rar. Ich glaube, das erleben wir täglich und deshalb versuchen wir auch, Initiativen zu setzen, Grundstücke zu finden und auch sozialen Wohnbau zu forcieren. Und mit ein Grund ist, dass Graz eine wachsende Stadt ist. Wir legen jährlich um rund 3.000 Bewohnerinnen und Bewohner zu und das wirkt sich auf verschiedene Bereiche aus, einerseits im Verkehrsbereich natürlich, wo wir große Probleme haben, und andererseits aber auch

am Wohnungsmarkt wirkt sich das negativ aus und der Neubau kann diesen Bedarf, der daraus entsteht, nicht mehr abdecken. Die Mietkosten auf dem freien Markt steigen in enormer Weise und deshalb ist es umso wichtiger, dass es uns gelingt, die leer stehenden Wohnungen dem Markt für potentielle MieterInnen zuzuführen. Experten sind überzeugt davon, dass in Graz enorm viel Wohnraum brach liegt, dass tausende Wohnungen über Jahre hinweg leer stehen. Einerseits weil Eigentümer davor zurückschrecken, diese zu vermieten, teilweise weil sie sie für die Kinder oder Enkelkinder zurückhalten und andererseits auch, weil sie es als Wertanlage betrachten und eben spekulativ warten, ob die Preise noch weiter steigen. Ideen für eine Mobilisierung des Leerstandes gibt es viele, in Vorarlberg wurde ein Pilotprojekt gestartet, das potentiellen VermieterInnen mehr Sicherheit bieten soll, indem unter der Voraussetzung, dass eben der Mietpreis unter den Marktpreisen ist, indem die öffentliche Hand das Risiko für den Mietausfall übernimmt, das wäre eine mögliche Maßnahme. Eine weitere Maßnahme gegen Spekulation gibt es in Deutschland, da hat die Stadt Berlin eine Art Leerstandsabgabe jetzt eingehoben, und andere Städte in Deutschland wollen diesem Beispiel folgen, unter anderem Köln und Münster. Eine solche Leerstandsabgabe wäre sicher auch für Österreich von größtem Interesse. Richtig ist, dass es sie schon gegeben hat und zwar zwischen 1982 und 1985 in Wien und damals ist sie vom Verfassungsgerichtshof wegen Kompetenzwidrigkeitsgründen aufgehoben worden. Heißt unterm Strich, wenn man so etwas anstrebt, wird es wahrscheinlich eine bundesweite Regelung geben müssen, damit das Ganze erfolgreich ist. Wichtig ist auch zu bedenken, wenn wir das Thema Leerstand diskutieren, dass mit dem Thema Wohnraum und Wohnraumschaffung auch sehr viele Kosten in Verbindung stehen, die die Kommunen zu leisten haben in Form von Infrastruktur. Also auch unserer Stadt Graz kostet es enorm viel, wenn diese Wohnungen dann nicht vergeben werden und wenn da niemand drinnen wohnt, weil wir im Rahmen des Finanzausgleiches dann auch nicht entsprechende Einnahmen dafür lukrieren können, sehr wohl aber die Infrastruktur zur Verfügung stellen müssen. Bevor man sich aber überhaupt Gedanken macht, und ich habe da jetzt einige Beispiele

aufgezählt, wie man es angehen könnte, wie man den Leerstand jetzt bekämpft oder wie man ihn geringer macht, bedarf es seriöser Daten, denn nur auf Grundlage seriöser Daten und Fakten lässt sich in weiterer Folge ein Erfolg versprechendes Maßnahmenbündel entwickeln, um Wohnungsleerstand, falls es solchen überhaupt in Graz gibt, das wissen wir ja nicht, in entsprechendem Ausmaß dann eben dem Markt zuzuführen. Und genau darum geht dieser Antrag heute und deshalb wundert es mich, und da muss ich schon ein bisschen auch auf das Aktuelle jetzt Bezug nehmen, dass der Direktor des Wirtschaftsbundes Steiermark mehr oder weniger mit der Keule um sich schlägt, indem er da eine Presseaussendung herauslässt, wo er von einer sozialistischen Belastungswelle spricht, die über das Land rollt, das Wohnungseigentümer und Regionen vor roter Bevormundungs- und Belastungswut geschützt werden müssen usw. Ich habe in gleich netter Art und Weise dann heute zurückgeschrieben, er wird es morgen vielleicht in den Medien lesen können. Unterm Strich, glaube ich, ist eher er auf dem Holzweg als wir, weil bitte momentan geht es mit dieser Initiative, die heute im Gemeinderat da als Antrag vorliegt, rein um eine Leerstandserhebung und noch keine Festlegung, mit welcher Art und Weise dieser Leerstand dann auch erfolgreich bekämpft werden soll.

Und deshalb darf ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen: Die zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Möglichkeit der Durchführung einer Wohnungsleerstandserhebung gemäß Motivenbericht für das Grazer Stadtgebiet prüfen zu lassen, wobei unter anderem konkret erhoben werden sollte, wie viele nutzbare Wohnungen im Grazer Stadtgebiet länger als ein Jahr leer stehen und keine Wohnsitzmeldung aufweisen. Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis Februar nächsten Jahres vorzulegen und soll in

weitergehenden Beratungen dazu herangezogen werden zu entscheiden, ob eine solche Leerstandserhebung als Grundlage für eine Leerstandsmobilisierung durchgeführt werden soll.

Bitte um Annahme. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren, lieber Gerald Haßler! Herzlichen Dank für diese Initiative und den Dringlichkeitsantrag. Inhaltlich, alles was du genannt hast im Motivenbericht, können wir der Dringlichkeit und dem Inhalt nur zustimmen, ist eine lange Forderung von uns. Meine Kollegin, die Uli Taberhofer, runzelt da gerade die Stirn, hat ja vor drei Jahren einen so Antrag eingebracht. Damals war die Beantwortung der Fachabteilungen relativ ernüchternd und das war damals in der Presse genau fast wortgleich dieselbe Erwiderung, wie du jetzt gerade zitiert hast, vom Wirtschaftsbund. Also man wird sozusagen, wenn man das Thema anspricht, von gewissen Seiten mit dem konfrontiert, das soll uns aber nicht hindern und auch nicht schrecken, weil es ist notwendig und es ist wichtig und ich werde sehr gerne im Februar dem Gemeinderat diesbezüglich einen Bericht vorlegen. Was wichtig ist, ohne jetzt ins Detail zu gehen, weil man natürlich, wenn man da in die Tiefe geht, ist das ein sehr komplexes Thema, ist auch nicht immer so einfach, das mit anderen Städten zu vergleichen, weil wir beschäftigen uns im Wohnungsamt schon seit längerem mit dem und weil wir schon gesehen haben, dass wir das selber machen müssen, weil mit anderen Abteilungen da nicht zu rechnen ist. Aber es wird auf jeden Fall etwas kosten, weil das erheben wir selber in unserem Amt nicht, wir werden das müssen extern vergeben und wir haben einige Ideen, wie man es machen kann, ohne dass es sozusagen jetzt große Kosten verursacht, aber auch wirklich Daten dann vorliegen, die auch Hand und Fuß haben, weil das ist nämlich wichtig, dass das eine brauchbare Unterlage ist und dann nicht sozusagen in einem halben Jahr schon wieder nicht brauchbar ist. Die viel wichtigere Frage ist ja dann das Danach, aber dann müssten wir

uns sozusagen in einer eigenen Runde wieder damit beschäftigen. Aber sehr gerne unterstützen wir dieses Anliegen (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerald! Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher bei der Dringlichkeit, ob wir dafür oder dagegen stimmen sollen, weil die Sache schon so alt ist. Die Elke hat gesagt vor drei Jahren, ich habe gerade nachgeschaut, ich habe meinen am Tag fast genau vor vier Jahren, vor über vier Jahren, haben wir einen Antrag gestellt, auch sehr ähnlich, eine Zweitwohnsitzabgabe und Abgabe für leer stehenden Wohnraum, das heißt, man könnte sagen, wir waren schon fast einen Schritt weiter. Das, was du noch gar nicht richtig forderst, sondern wo du die Basisdaten brauchst, einforderst, die natürlich nicht nur für eine Abgabe hergenommen werden könnte, sondern auch für andere Maßnahmen, das ist ja noch offen, haben wir damals eingefordert mit Unterstützung der SPÖ, mag ich auch gleich betonen, die KP war auch dabei. Der Widerstand war damals schon groß, die Aufregung war kaum enden wollend, was da alles passieren kann, wenn man da leer stehende Wohnungen besteuert und weiß Gott was. Da geht es ans Eingemachte ganz offensichtlich und bevor man überhaupt über so eine Steuer redet, werden natürlich auch schon die Erhebungen boykottiert. Mich erinnert es ein bisschen an die Situation der Vermögen in Österreich, auch hier weder Steuer noch Berichte, da darf man einfach nicht hinschauen. In dem Sinne ist es natürlich dringlich, dass sich hier was ändert, wir werden das unterstützen, man sollte genau hinschauen, es geht auch nicht nur um Einnahmen, ich glaube, da bin ich ganz beim Kollegen, sondern es geht auch darum, dass dieser Wohnraum, der so dringend benötigt wird, endlich am Markt kommt, endlich genutzt wird. Es gibt viele Leute, die ganz dringend Wohnungen suchen, Inländer, Ausländer, Flüchtlinge, jede Menge Personen und es kann nicht sein und ich glaube, hier muss man auch sich von einem heiligen Schutz des Privateigentums schon ein bisschen verabschieden, es kann nicht sein, dass man

Wohnraum bewusst leer stehen lässt, da muss man hinschauen, da muss sich was ändern, wie immer man das angeht. Ich glaube nicht, dass es da Kompetenzschwierigkeiten waren bei der Abgabe, ich habe das damals ein bisschen anders gelesen, ich habe jetzt nicht genau reingeschaut, ich glaube eher, dass es die Höhe der damaligen Abgabe war. Aber man muss bei leer stehendem Wohnraum hinschauen, es ist ein gesellschaftspolitischer Auftrag, hier was zu verändern. In welcher Art und Weise auch immer, also volle Unterstützung für Dringlichkeit und Inhalt (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc B.A.: Hoher Gemeinderat, Frau Vizebürgermeisterin! Es ist schon erstaunlich, mit welcher Idee wir da heute konfrontiert werden, nämlich einem ziemlichen Eingriff in die Privatsphäre. Wir wollen wissen, welche Wohnungen, die im Eigentum von Privaten stehen, leer stehen. Wir wissen nicht, warum sie leer stehen, aber wir wollen es einmal wissen, um dann auch schon, und so steht es auch im Antragstext drinnen, über irgendwelche Abgaben darüber zu sprechen. Jetzt gibt es vielleicht die eine oder andere Tante, Großmutter, die gerne hätte, dass für ihr Enkelkind, für die Nichte, für den Neffen, die Wohnung hergerichtet wird, dass die nicht mehr vermietet wird, bis das Enkelkind oder die Nichte oder der Neffe alt genug ist, damit dort eingezogen werden kann und dann wollen wir hergehen und als Öffentlichkeit darüber bestimmen, dass es dann Extra-Abgaben geben muss. Also meines Wissens nach für jegliches Eigentum gibt es eine Steuer, nämlich die Grundsteuer, und wenn ich jetzt hergehe und mit unserem Mietrecht, das wir haben, dort vermiete, dann muss ich das auf drei Jahre machen und kann erst dann befristen. Und wenn ich das darunter mache, ist es automatisch ein unbefristetes Mietverhältnis und ich darf nicht über mein eigenes Eigentum darüber entscheiden, ob ich das leer stehen lasse oder nicht? Also das ist schon ein ziemlich starker Eingriff und vor allem, wo macht das dann eigentlich auch Halt? Geht es dann auch in den Leerstand, wenn

zum Beispiel alte Wohnungen Familien gehabt haben mit vielen Kindern, die Kinder ausgezogen sind und da Räume leer stehen, muss ich dann auch dafür eine Abgabe zahlen, nur weil ich nicht mehr alle Räumlichkeiten der Wohnung...? Das sind alles Fragen, die aus unserer Sicht viel zu weit ins Eigentum gehen, viel zu weit in die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von jedem Einzelnen und wir werden da ganz klar dagegen sein (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vizebürgermeisterin! Der Herr Landesrat Schmid hat in den 90er-Jahren bereits sich mit der Thematik intensiv auseinandergesetzt und hätte es liebend gerne durchgeführt, weil er damals zur Kenntnis gekommen ist, dass also viele Wohnungen leer stehen und damit auch die Wohnungspreise oder die Mietpreise künstlich hochgehoben werden. Es hat ein weiteres Thema gegeben, das waren die Zweitwohnsitze. Wir haben das dann parteiintern, aber auch öffentlich diskutiert und es war unadministrierbar, das war die eine Seite und allein wenn Sie da wieder das Wiener Wohnungsabgabegesetz vom 30. Juni 1982 anschauen, genauer anschauen und die dazugehörige Verfassungsgerichtshofentscheidung vom 12.3.1985, so gibt es auch da keine Administrierbarkeit, das ist ein Punkt.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Damals, das kann man ändern.

GR. Mag. **Moser**: Der zweite Punkt, liebe Frau Stadträtin, ist ein wirtschaftlicher Punkt. Landesrat Schmid hat damals entschieden, obwohl es in der Öffentlichkeit und in der

breiten Öffentlichkeit diskutiert worden ist, dass das ein entscheidender Eingriff in das Eigentumsrecht, aber auch in die Bauwirtschaft ist. Und es müsste jedem überlassen sein, sich eine Wohnung zu kaufen und darüber verfügen. Wenn ich jetzt das abstelle, dann habe ich weniger Wohnungsbau, weniger Bauarbeit, weniger Arbeitsplätze und diese Seite hat er intensiv betrachtet und auch berechnet. Und das war an und für sich der Grund, warum also dieses Gesetz oder keine Gesetzesinitiative in diese Richtung zustande gekommen ist. Wenn man hier auf Berlin verweist, so ist das überhaupt nicht passend. Dort ist also die Zweckentfremdung der Wohnungen für Ferienwohnungen in den Sommermonaten in der Regel und dieses Gesetz ist zweimal novelliert und reformiert worden, vor der Übergangsbestimmung, und das Wiener Wohnungsabgabegesetz ist aufgehoben worden. Ich könnte das jetzt umfassend begründen, was da alles drinnen steht, auch die Verfassungsgerichtshofentscheidung. Wir können weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*)

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Der Erhebung auch nicht?

GR. Mag. **Moser**: Auch nicht.

GR. Mag. **Haßler**: Nachdem die Dringlichkeit offensichtlich nicht durchgehen wird, nutze ich jetzt die Gelegenheit für mein Schlusswort. Ich meine, dass die ÖVP die Schutzmantelmadonna der Vermögenden ist, das ist eh schon länger bekannt, Vermögenssteuer und Co. Aber dass die Partei des kleinen Mannes und der kleinen Frau, die sie immer sich apostrophiert und irgendwo auf die Plakate aufzeichnet,

ebenfalls im gleichen Boot sitzt, ist mir zwar auch nicht neu, aber danke, dass Sie es heute wieder einmal gezeigt habt, wie ihr wirklich denkt. Worum geht es denn heute bitte? Die einzige Forderung, die heute da am Tisch liegt, ist eine Erhebung. Ich habe auch Beispiele gesagt, es könnte ja auch eine Möglichkeit geschaffen werden, Anreizsysteme zu schaffen, keine Strafsteuer, sondern Anreizsysteme, damit die leer stehenden Wohnungen besser mobilisiert werden können. Und ihr wisst wahrscheinlich, wovor ihr Angst habt, weil nämlich im Jahr 1996 hat es schon einmal so eine ähnliche Erhebung gegeben in Graz, damals für das Sachprogramm Wohnen, damals wurden 5.000 Wohnungen identifiziert, die leer stehen. Heute, schätzte man, sind es 10.000 bis 11.000. Und auch die Initiative für ein unverwechselbares Graz, ehemaliger Stadtplanungschef Heinz Rossmann hat vor kurzem gefordert, das so eine Leerstandserhebung einmal gemacht werden sollte, weil es geht ja um viel, es geht um Infrastruktur, die wir bereitstellen müssen, wir müssen zusätzliche Wohnungen bauen, obwohl Wohnraum vorhanden ist, also die Angst vor einer Erhebung kann ich in keinster Weise verstehen. Aber bitte, wenn ihr es so wollt, dann macht ihr es halt. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Im Jahr 2009 habe ich mir selber eine Wohnung am Lendplatz angeschaut. Es war ein sehr neues Haus damals und ich bin mit einem Immobilienmakler gemeinsam mit meinem Mann eine Wohnung anschauen gegangen, die recht hübsch war, nicht zu groß, nicht zu klein, aber definitiv zu teuer. Und wir sind draufgekommen, dass das ganze Haus fast leer gestanden ist, es war eine Wohnung vermietet und dann haben wir mit dem Makler gesprochen und haben gesagt, naja, das ganze Haus steht leer, die Mieten sind wirklich extrem teuer für diese Wohnung da, warum geht ihr nicht ein bisschen runter? Dann hat er gesagt, das tun sie ganz sicher nicht, weil dieses Haus gehört dem Herrn Blaschek, der mittlerweile verstorben ist, einem der größten Immobilienbesitzer,

damals einer der reichsten Österreicher und der hat die ganz klare Strategie, die die Mieten so lange hoch hält, weil irgendwann wird der Wohnraum schon so knapp und irgendwann findet sich jemand, der dann in diese Wohnung einzieht und bereit ist, diese Mieten zu zahlen. Es hat eine Erhebung gegeben im Jahr 2012 von zwei Studentinnen oder zwei Architektinnen, eine Diplomarbeit war das und da ist herausgekommen, dass allein im Bezirk Lend 105.000 Quadratmeter brach liegen. Und wenn ich jetzt in Richtung FPÖ was sagen darf. Wenn wir dann das Thema Grünraumsicherung hier herinnen diskutieren, dann sind alle einig, ja, wir müssen Grünraum sichern, unbedingt. Das wird aber schwieriger, weil wir immer mehr bauen müssen, weil leider immer mehr leer steht auch, dann wird das schwierig mit der Grünraumsicherung. Und ich verstehe nicht ganz, warum man sich dagegen wehrt, einmal eine Prüfung zu machen, ein Konzept zu entwickeln, wie wir feststellen können, was wir an Ressourcen im Moment als Stadt Graz nicht nutzen, denn es ist nicht so, dass wir da nur vom Privatbesitz reden, wir reden davon, dass die Stadt Graz Infrastruktur zur Verfügung stellt für diese Wohnungen, dass dort Gehsteige gebaut werden, dass dort öffentliche Verkehrsflächen gebaut werden, dass dort Schulen zur Verfügung gestellt werden, Kanalanschlüsse, alles drum herum, also da reden wir nicht nur von Privateigentum, da reden wir auch davon, was die Stadt Graz für die Wohnungsbesitzer auch als Infrastruktur zur Verfügung stellt und da denke ich, ist es das gute Recht jeder Stadtverwaltung, einmal zu wissen, wo gibt es Ressourcen. Ob man dann ein Anreizsystem machen, ob man eine Besteuerung machen, wir als Stadt Graz können sowieso keine Besteuerung machen, wir wollen jetzt einfach einmal wissen, wie viele Ressourcen sind nicht genutzt und ich kann das nicht nachvollziehen, warum eine regierende Partei wie die ÖVP diese Frage nicht beantwortet wissen will. Wir nehmen mit dieser Frage keinem Eigentümer irgendwas weg, wir wollen es einfach nur einmal wissen und diese Erhebung machen. Aber gut, es ist so, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Ausschreitungen im Rahmen von Demonstrationen – Erklärung und Bekenntnisbeschluss des Grazer Gemeinderates

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Frau Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! In letzter Zeit häufen sich nicht nur in unserer Stadt, sondern im ganzen Land Demonstrationen. Das ist einmal grundsätzlich nichts Schlechtes, das ist als positiv zu bewerten und zeigt, dass hier diese grunddemokratischen Rechte, dieses grunddemokratische Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelebt und wahrgenommen wird und ich glaube, das ist gerade auch im Zuge der grausigen Ereignisse jetzt in Paris jetzt etwas ganz was Wichtiges, für diese Freiheitsrechte auch zu stehen. Es gibt meiner Meinung nach zwei verschiedene Typen von Demonstrationen. Die einen sind für oder gegen diverse Entwicklungen oder Sachverhalte gerichtet und die anderen sind gegen religiöse, politische oder sexuelle Ausrichtungen und Andersdenkende und deren Veranstaltungen gerichtet. Meiner Meinung nach birgt der zweite Typ, nämlich die, die gegen politisch Andersdenkende agieren, die größere Gefahr in sich, da sie natürlich immer auf Konfrontation auch ausgelegt sind. Und wir haben ja einige Demonstrationsexperten auch da unter uns, und deshalb frage ich, nehmen wir einmal her die Demonstration gegen den

Akademikerball. Wenn es da wirklich um die Inhalte gehen würde, dass man sagt, ich habe ein Problem mit der Einstellung, ich habe ein Problem mit der Veranstaltung an sich, warum ist es dann nicht möglich, zum Beispiel einen Tag davor zu demonstrieren? Wäre ja möglich, wenn man eine inhaltliche Auseinandersetzung hier auch führen will und seine Meinung kundgeben würde. Nein, man muss natürlich zu dem Zeitpunkt demonstrieren, wo der Ball stattfindet, genau zu diesem Zeitpunkt am gleichen Ort und was passiert? Na klar, man geht in Konfrontation, man provoziert und das führt letztendlich zu Ausschreitungen, das führt zu Gewalt, das führt zu Gegengewalt, zu Sachschaden und in weiterer Folge natürlich, und wir haben es letztes Jahr, beziehungsweise es war ja noch dieses Jahr, erlebt, auch zu Personenschaden. Und das Gleiche ist dieses Wochenende in Spielfeld passiert. Dort hat eine Gegendemonstration, das sagt ja schon der Name Gegendemonstration, da bin ich nicht für etwas, sondern gegen etwas. Die hat Eskalation provoziert und das genau werfe ich den Veranstaltern vor, dass sie es nämlich bewusst in Kauf nehmen und dafür auch gewaltbereite Demonstranten, sogenannte Demo-Touristen, einladen und zwar bewusst einladen und wieder einmal als Schlepper sozusagen fungiert hat die Österreichische Hochschülerschaft. Weil es waren ja auch einige oder viele Kennzeichen mit bundesdeutschen Kennzeichen zu sehen bei dieser Demonstration, die dann auch verummmt aufgetreten sind und es ist ganz klar, in welche Richtung es da geht. Im Gegensatz, die andere Demonstration, das haben auch die Behörden, die Sicherheitsbehörden im Nachhinein bestätigt, ist völlig gesittet abgelaufen, es waren 1000 Leute, die haben sich an alle Anweisungen gehalten, da war nichts. Das Einzige, was dort wirklich traurig war bei dieser Veranstaltung, ist das Ende gewesen, nämlich dann, wie man zurückgekommen ist zu den Autos und 80 davon zerstört waren und teilweise die Reifen aufgestochen, Lackschäden, Scheiben eingehaut usw. Also das, was da letztes Wochenende auch in Spielfeld passiert ist.

Und genau um das geht es mir. Bewusstsein zu schaffen, wie gehen wir mit der Meinungsfreiheit um, wie gehen wir mit dem Demonstrationsrecht um und wie können wir Ausschreitungen verhindern und da sind jetzt die Parteien auch im

Gemeinderat gefordert, denn natürlich sind insbesondere bei den Grünen, bei den Kommunisten, aber auch bei den Sozialisten die Vorfelder, was das betrifft, sehr, sehr aktiv. Die sozialistische Jugend, kommunistische Jugend, auch die Studentenorganisationen sind da involviert und da ist es ein bisschen zuwenig, dann im Nachhinein zu jammern und zu beschwichtigen so wie die Frau Stadträtin sagt, ich habe nicht genau gewusst, wo ich da hingegangen bin und das ist schon traurig, wenn dann auch Gewalt passiert und es zerstörte Autos gibt und Vermummte vorne wegmarschieren. Das kann man vorher wissen, wenn man sich die Demonstration anschaut und wenn man auch im Vorfeld präventiv darauf einwirkt, wie werden solche Veranstaltungen, solche Demonstrationen organisiert. Und dringlich ist der Antrag deshalb, und damit möchte ich auch mit meiner Begründung schließen, weil in Graz wieder Demonstrationen anstehen. Wir erleben jetzt im Jänner den 64. Grazer Akademikerball und da geht es jetzt darum, dass die im Gemeinderat vertretenen Parteien auf ihre Organisationen, die hier in der Organisation auch mitbeteiligt sind, einwirken und alles Menschenmögliche dazu auch unternehmen, dass die Integrität der Ballbesucher gewahrt bleibt, dass die Sicherheit der Bevölkerung gewahrt bleibt und dass die städtische Wirtschaft nicht zu Schaden kommt.

Und deshalb bringe ich diesen

d r i n g l i c h e r A n t r a g

ein, das ist natürlich keine verbindliche Norm, die ich hier beantrage, sondern es geht einfach um eine Erklärung und auch um ein Bekenntnis.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz nimmt die verstärkt auftretenden Gewaltexzesse bei öffentlichen Kundgebungen mit großer Besorgnis zur Kenntnis.

2. Die im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Parteien bekennen sich natürlich zum Demonstrationsrecht, erkennen aber die dringende Notwendigkeit, die in jüngerer Vergangenheit im Rahmen solcher Demonstrationen zu Tage getretenen Ausschreitungen nachhaltig zu verhindern.
3. Die im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Parteien erklären sich bereit, bei Demonstrationen, die von ihren Vorfeld- und Jugendorganisationen mitorganisiert werden, im Sinne dieser Erklärung deeskalierend einzugreifen.
4. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird gebeten, im Rahmen seiner Möglichkeiten und innerhalb der Grenzen seiner politischen Zuständigkeit Maßnahmen zu prüfen. Diese sollen darauf abzielen, die zuständigen Behörden im Interesse der städtischen Wirtschaft sowie im Interesse der Grazer Bürger auf die gegenständliche Problemstellung gesondert aufmerksam zu machen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Tribüne, liebe KollegInnen im Gemeinderat, lieber Herr Vorsitzender Stadtrat! Es ist relativ eine einfache Antwort, die ich darauf geben kann und da teile ich die ersten Ausführungen vom Antragsteller. Es ist selbstverständlich in einer Demokratie gewährleistet und dafür sind wir froh, dass wir in einer Demokratie leben, die freie Meinungsäußerung von sich zu geben, es gibt Demonstrationen für etwas, es gibt Demonstrationen gegen

etwas, es gibt Demonstrationen, die als Kundgebungen ablaufen, als Züge usw. Es gibt eine Grenze und die ist selbstverständlich, und ich nehme an, die ist für alle von uns da herinnen selbstverständlich und diese Grenze zieht sich genau dort entlang, wo wir in die Illegalität gehen. Dieser Punkt ist, denke ich, für da herinnen alle klar. Es ist eine Kundgebung dann nicht mehr legal, wenn dort gegen das Verbotsgesetz agiert wird, es ist eine Kundgebung nicht mehr legal, wenn sie nicht mehr so agiert, wie sie angemeldet ist, es ist eine Kundgebung nicht mehr legal, wenn dort Sachschäden, Personenschäden, Aggressivität, Gewalt stattfindet und ich denke, dieses Bekenntnis werden wir alle, und es ist auch mein Bekenntnis, hier herinnen gemeinsam tragen, deswegen ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Diese Grenze ist aber Aufgabe des Staates, Aufgabe der Sicherheitsbehörden, hier einzuschreiten und hier dafür zu sorgen, dass es dazu nicht kommt. Das ist eine Aufgabe, die wir uns gegenseitig zusagen nicht abnehmen sollten, dass wir anfangen zu entscheiden, welche Demonstration ist jetzt von vornherein legal oder nicht legal, sondern dazu gibt es ein Prozedere und wer sich nicht daran hält an dieses Prozedere, das innerhalb des staatlich und legalen Rahmens ist, ist strafrechtlich zu verfolgen und da gibt es keinen Unterschied für mich. Das wollte ich nur hier noch einmal ganz klar stellen und deswegen bin ich bei dieser Demonstration hingefahren, weil sie als friedliche Kundgebung angemeldet war, als ich gesehen habe, dass sich das so nicht abspielt, habe ich mich abgewendet, aber auch ganz klar Position bezogen, weil ich dort nicht verummmt auftrete, sondern ganz klar mit offenem Gesicht, wie bei all den vielen Demonstrationen, bei denen ich in den letzten 30 Jahren auch war. Das ist alles, was wir als Grüne dazu sagen können. Also, wie gesagt, die Dringlichkeit ist nicht gegeben, weil ich davon ausgehe, dass für uns alle die Grenzen der Meinungsäußerung auf der Straße klare sind (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Zuhörertribüne! Für uns ist dieser Antrag nicht dringlich. Es ist für uns selbstverständlich und ich glaube, da brauchen wir gar nicht viel darüber reden, dass Gewalt, in welcher Form auch immer, für uns ein absolut unzulässiges Mittel ist. Das heißt, dass der Gemeinderat sich dagegen ausspricht, ist, denke ich, ohnehin klar, das können wir gerne in anderer Form tun, das müssen wir nicht mittels eines dringlichen Antrages, noch dazu durch die freiheitliche Fraktion, tun. Gewalt, egal von rechts oder von links, von oben, von unten oder seitlich, Gewalt ist in jedem Fall abzulehnen, auch Gewalt natürlich während oder im Rahmen einer Demonstration. Dafür würde es diesen Dringlichen nicht brauchen. Aus unserer Sicht darf es aber nicht durch diesen Anlass, der unglücklicherweise in Spielfeld passiert ist und der, wenn die Regeln eingehalten worden wären, und ich glaube, das ist auch das, was die Frau Stadträtin vorher auch gut ausgeführt hat, das heißt, wenn die bestehenden Regeln eingehalten und auch kontrolliert worden wären, dann wäre es ja auch dazu nicht gekommen. Das heißt, nur weil Regeln übertreten werden, weil Gesetze gebrochen werden, gleich die Gesetze zu verändern und zu verschärfen, ist, glaube ich, ein Mittel, das wir uns in unserem Rechtsstaat sehr gut überlegen müssen, weil das würde dazu führen, dass wir in jedem Gebiet, wo eine Regel übertreten wird, dann sofort die Regeln ändern und verschärfen und ich glaube, das will keiner von uns, sondern es geht darum, die bestehenden Regeln einzuhalten, auch zu exekutieren und auch zu überprüfen und nicht zu überlegen, wie man ein Recht, das vorhanden ist, einschränken kann. Den Punkt 4 lehnen wir also jedenfalls ab, wir sind dagegen, dass man hier das bestehende Recht beschränkt, das würde Tür und Tor öffnen für Maßnahmen, wo einem eine Demonstration vielleicht gerade nicht passt, dann mittels Zonen und Straßenzügen usw. die ganze Geschichte einzuschränken und ich denke da an den Akademikerball, wo sich dadurch natürlich einige Möglichkeiten eröffnen würden, unliebsame Gegendemonstrationen zu vermeiden oder Ähnliches. Das ist aus meiner Sicht wirklich aufgrund von diversen Zielen werden plötzlich Regeln geändert, die an sich so gut sind, wie sie auch sind. Wir

stimmen daher der Dringlichkeit nicht zu und sollte es trotzdem zu einer Dringlichkeit kommen, dann würden wir um eine getrennte Abstimmung auch bitten (*Applaus SPÖ*).

GR. Rajakovics: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden in dem Fall zustimmen dem dringlichen Antrag. Ich möchte aber ein paar Sachen dazu sagen, die natürlich schon einem auffallen und die eigentlich auch den Antrag betreffen, der jetzt gleich als zweiter Antrag kommen wird, nämlich, dass aufgrund des massiven Einsatzes, den die Polizei zu leisten hat an unserer Grenze, eine gewisse Überlastung der Polizei schon stattfindet und es vielleicht auch angebracht wäre, dass Regierungsmitglieder, bei allem Recht, dass man zu jeder Zeit immer auch demonstrieren kann, das ist ein Grundrecht und man könnte ja auch versuchen, darauf einzuwirken, dass man sagt, im Moment haben wir anderes zu tun und die Polizisten in Spielfeld erst recht, als das die Stadträte hinunterfahren und dann auch noch an den Demonstrationen teilnehmen. Also das wäre mir ein Anliegen, dass man in so einer Situation in keiner Weise Öl ins Feuer gießt und schon gar nicht als Stadtregierungsmitglieder an solchen Demonstrationen dann auch noch teilnimmt. Weil es eine sehr belastete Exekutive noch einmal belastet. Das Zweite ist, und das fällt mir schon auf, dass das tatsächlich eher aus Richtung sehr linksextremer Kreise kommt, dass dieses Vermummungsverbot, das herrscht, einfach ständig über den Haufen geworfen wird und man immer mit einem Tüchl vor dem Gesicht irgendjemanden irgendwie provoziert, irgendeinen Stein wirft, irgendeinen Spiegel herunterreißt, das ist schon etwas, wo ich der Meinung bin, dass es exekutiert gehört. Das gehört wieder einmal gesagt, es gibt ein Vermummungsverbot und zu Recht gibt es dieses Vermummungsverbot, weil man wissen möchte, wer sich wie in dieser Stadt bei einer Demonstration aufführt. Und man kann natürlich sagen, es wird das eh alles immer wieder geprüft von Seiten der Polizei, aber die Vorgaben des Herrn Dr. Lecker sind halt sehr hart an der Grenze dessen, wo ich mich oft wundere, was eine Polizei genehmigt und was sie eigentlich in der Form

nicht mehr genehmigten sollte. Ein Beispiel, ein ganz harmloses Beispiel, Ich finde es zum Beispiel auch nicht in Ordnung, dass man ein normales Werbematerial bei allem berechtigten Anliegen des Tierschutzes, weil wenn ich dort ein Stand aufstelle und zu zweit dort stehe mit einem Fernseher, dass das eine Demonstration ist, das muss mir der Herr Dr. Lecker erklären, er kann es mir eh nicht wirklich erklären, aber er genehmigt es einfach und es wird auch von Seite des Ministeriums als solches toleriert. Also ich denke mir, ein bisschen hinschauen zwischen Demonstrationsrecht und dem, was wann wirklich zumutbar ist und wo ich ein bisschen auch als Politiker die Verantwortung hätte zu sagen, meine lieben Freunde, das ist alles recht und schön, aber jetzt da unten demonstrieren gehen, bei allem berechtigten Anliegen, wo unsere Polizei wirklich an der Grenze dessen ist, was sie nur schaffen kann und dann kommt es zu einem Wirbel auch noch, also dass man da auch einmal als Stadt Graz ein klares Bekenntnis dazu abgibt, ja zu dem Recht, ja auch zu dem Recht, zu jedem Thema zu demonstrieren, aber ein bisschen schauen, wie man demonstriert und manchmal vielleicht trotzdem schauen, ist es jetzt der richtige Zeitpunkt? Danke (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Vorsitzender! Ich habe mir lange überlegt, ob ich überhaupt dazu Position einnehmen soll hier am Pult. Ich bin schon länger in diesem Haus, in diesem Saal tätig, wie Sie wissen und habe schon öfter weniger Gescheites, zuweilen auch Lächerliches und Überflüssiges hier gehört beziehungsweise gelesen. Dieser dringliche Antrag ist meiner Meinung nach weit vorne in den Kategorien, die ich genannt habe. Ich habe mir nur

gedacht, wie abgehoben und selbstherrlich muss man sein, um zu glauben, hier andere Parteien zu lächerlichen Nona-Bekennnissen nötigen zu können, nur um sich selbst zu erheben. Ich darf doch als österreichischer Staatsbürger davon ausgehen, dass in allen Parlamenten, egal welcher Ebene, nur verfassungsgebundene und demokratisch gesinnte Parteien sitzen, die Gewaltfreiheit als notwendig hohes Gut betrachten. Wir sind hier alle auf die gewissenhafte Einhaltung der Gesetze angelobt worden, haben wir heute durch Peter Mayr wieder erleben können, ich freue mich, dass du da bist. Wir machen dieses von euch gewünschte lächerliche Kasperltheater sicher nicht mit (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Lächerliches Kasperltheater, müssen wir uns das gefallen lassen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich danke für die Frage, ich halte das selbstverständlich nicht für angepasst in diesem Saal. Ich habe mir auch schon bei der Aufzählung oder der Einstufung der verschiedenen Wortmeldungen und Anträge, die es hier geben soll, vom Gemeinderat Fabisch einiges gedacht. Sehr nett ist es sicherlich nicht, es ist die Frage, wieweit sich der Herr Kollege Fabisch da durchaus auch bei einer weiteren Wortmeldung noch einmal äußern kann.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wie immer man es nennen mag, hier mit sehr eigenartigen Motivenberichten, mit sehr komischen Zusätzen vom Gemeinderat zu erwarten, dass er das beschließt, was Gesetzeslage ist, da verstehe ich die Worte, die gewählt wurden. Vielleicht sind es nicht die optimalen, das mag sein. Aber das, was hier gemacht wird mit einem Motivenbericht, auf den ich gar nicht näher eingehe, hier Dinge wieder durchexerzieren zu lassen und beschließen zu lassen, ich meine, Entschuldigung, es

bekennen sich alle gegen Gewalt, da hat niemand ein Problem und damit wird es auch ein bisschen eigenartig, was hier stattfindet. Ich war etwas überrascht, wie der Kollege Sippel das vorgetragen hat, er hat gesagt, es gibt da auch Veranstaltungen, die gegen andere sind, die gegen Religionen sind und ich habe mir gedacht, er erzählt jetzt von sich selbst. Wenn ich richtig informiert bin, ich frage vorsichtshalber nach, ich glaube, Sie waren auf der Pegida-Demonstration, oder?

GR. Mag. Sippel: *Ja, ich war dort.*

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Ja, da war auch nicht nur er dort, da war auch eine Nationalratsabgeordnete der FPÖ, die jetzt momentan weniger mit der FPÖ zu tun haben will und dergleichen. Bei dieser Veranstaltung hat es mehrere massive Überschreitungen der Gesetzeslage gegeben, die Leute sind inzwischen nicht rechtskräftig, aber verurteilt, wegen was sind die Leute verurteilt? Wegen Hitlergruß? Den hat es in Spielfeld angeblich auch gegeben, wo alles so toll war, ich weiß es nicht, ist noch offen und wegen Verhetzung. Der dortige Redner wurde wegen Verhetzung gestern verurteilt, weil Kollegin von uns und ich ihn angezeigt haben. Da sieht man, dass es doch notwendig ist, ein bisschen genauer hinzuschauen. Der Kollege Sippel hat es nicht für notwendig befunden, hier etwas überprüfen zu lassen, was hochproblematisch ist, da hat er nichts gesehen, das finde ich wirklich eigenartig. Also er selbst auf Demonstrationen, wo offensichtlich Gesetzesbruch begangen wird, und dann schreibt er verstärkt auftretende Gewaltexzesse, meint aber ganz was anderes. Also verstärkt auftretende Gewaltexzesse finde ich auch die Frage, ob es dieses Hauses würdig ist, ich kenne in Graz die verstärkt auftretenden Gewaltexzesse nicht. Es gibt Stimmungen der Gegendemonstrationen, die ich sehr bedenklich finde, ich finde das

auch nicht angenehm, aber verstärkt auftretende Gewaltexzesse, bitte was ist denn da drinnen in dem Antrag? Also das kann es nicht sein, hier glaube ich, geht es in eine völlig falsche Richtung, zu manch anderen Dingen, selbstverständlich bekennen wir uns zur Gewaltfreiheit. Man muss auch gut mit Gegendemonstrationen umgehen, das ist nicht immer einfach, auch hier sind Regelungen zu finden. In Graz ist es relativ gut gelungen, weil die Sachbeschädigungen, die vom Jänner erwähnt wurden, sind teilweise gar nicht passiert, sie haben uns erzählt von einer Scheibe, die eingeschlagen ist, als ob Sie sich selber dran geschnitten hätten, die Scheibe hat es gar nicht gegeben. Also da passieren eigenartige Dinge. Für uns ist klar, dass wir inhaltlich das ablehnen auch in Anbetracht des Motivenberichtes. Wir lehnen das nicht in den Details ab, teilweise sind Sachen drinnen, die richtig sind, aber in diesem Zusammenhang mit diesen Darstellungen müssen wir natürlich dagegen stimmen. Das ist es im Wesentlichen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Also ich halte fest, Grüne, SPÖ und KPÖ empfinden es nicht für dringlich, auf ihre eigenen Vorfeldorganisationen, Jugendorganisationen oder vielleicht auch auf sich selbst einzuwirken, um einmal deeskalierend auch einzuwirken...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Wer hat das gesagt?

GR. Mag. **Sippel**: ...damit sich genau diese Organisationen eben nicht den schwarzen Block als Unterstützung holen, dass sie sich vielleicht einmal auch, und das haben wir

bei dem Punkt Illegalität nicht einmal vermummt in die Demonstration reinstellen, weil das ist nämlich auch schon, wenn man bei der Illegalität sind in Zeiten des Vermummungsverbot es ein Rechtsbruch und dass sie eben nicht bereit sind, deeskalierend darauf einzuwirken, wie man sich nach Auflösung der Demonstrationen auch verhält. Weil das Meiste ist ja nach Auflösung der Demonstrationen passiert, das war ja beim Akademikerball das Gleiche, die Demonstration selbst hat ja so halbwegs funktioniert, da waren jetzt keine besonderen Vorfälle, die richtigen besonderen Vorfälle und die Gewaltexzesse die sind im Anschluss an die Demonstration nach der Auflösung passiert. Und ich bin gerne bereit, Herr Kollege Wohlfahrt, Ihnen auch die Betroffenen, nämlich einen 70-jährigen Ballbesucher vorzustellen, der gewalttätig attackiert worden ist, ich bin gerne bereit, auch eine Dame mit ihrem Lebensgefährten Ihnen auch vorzustellen und in den Klub zu bringen, die Gewalt erfahren haben, damit Sie einmal mit denen reden und dann reden wir weiter über die Gewaltexzesse. Und ja, das passiert auch in Graz und mir geht es darum, und deswegen gibt es meiner Meinung nach selbstverständlich eine Dringlichkeit, dass im Jänner nicht Selbiges wieder passiert. Dass auch nicht im Vorfeld des Balles, und da sind wir auch bei einem rechtlichen Graubereich, nicht wieder in bester Denunzianten-Manier grüne Jugendliche hergehen und die Sponsoren eines Balles moppen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Das ist auch ein Ordnungsruf.

GR. Mag. **Sippel**: ...kann man nachlesen, ist alles dokumentiert. Das ist keine Beleidigung, das ist Tatsache. Die Sponsoren sind auf diese Weise attackiert worden in Form... das ist rechtlich ein Graubereich, da wird man wahrscheinlich auch nicht viel machen können, aber das sind die Methoden, die hier angewandt werden und das ist einfach zu verurteilen und ich merke, dass Sie nicht bereit sind, da auch auf ihre Organisationen einzuwirken. Und es ist halt nicht so, dass Spielfeld ein Einzelfall ist. Wir haben das schon öfter erlebt in Graz, da gibt es eine ganze Reihe an

Demonstrationen, die in diesem Sinne schiefgelaufen sind, ich könnte da jetzt einige aufzählen und es ist auch, lieber Kollege Thomas Rajakovics, keine Ausrede zu sagen, die Exekutive ist überlastet, das ist natürlich negativ, wenn das so der Fall ist, dass sie überlastet ist und ja, sie ist bei hundert Überstunden, die jeder einzelne Beamte derzeit im Zuge der Flüchtlingskatastrophe leisten muss, wirklich überlastet, aber das ist keine Ausrede dafür, dass man das Demonstrationsrecht aushebeln. Das möchte ich an dieser Stelle schon sagen. Abschließend, ich hoffe wirklich inständig, dass im Rahmen des Akademikerballs im Jänner nichts passiert, sollte was passieren, dann wissen wir unter anderem, wer die Verantwortlichen sind (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Eines möchte ich schon noch klar festhalten, Herr Klubobmann, wenn man gegen diesen Antrag ist, dann heißt das nicht, dass man gegen einzelne Maßnahmen ist, die da drinnen genannt sind.

Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.15 Uhr den Vorsitz.

4) Aufstockung des Dienststandes der Grazer Polizei-Einsatzkräfte

GR. Mag. **Moser** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Moser**: Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vizebürgermeisterin! Ich stelle heute den dringlichen Antrag zur Aufstockung des Dienststandes der Grazer Polizei-Einsatzkräfte. Wie die meisten von Ihnen wissen, bin ich selbst Polizeibeamter und es ist mir natürlich nicht verborgen geblieben, dass hier vielfach schon ähnliche Anträge gestellt wurden, die meisten von der FPÖ, aber auch von den Vorfeldorganisationen wie Gewerkschaften usw. In Graz selbst haben wir ein Personalproblem seit der Einführung des Schengen-Vertrages beziehungsweise, seitdem die Republik Österreich dem Schengen-Vertrag beigetreten ist. Und das zeigt sich jetzt ganz stark in der Situation, die wir in Spielfeld erleben, die wir jetzt teilweise mit unkontrollierter Zuwanderung erleben und erlebt haben. Bis 1990 gab es in Graz 1.000 Polizeibeamte, jetzt sind es maximal 750, der Dienststand offiziell ist 750, dienstbar sind maximal 650 bis 700, je nach Dienststand. Zusätzlich haben früher über 3.000 Zollwachebeamte unsere Grenzen kontrolliert, auch die wurden abgeschafft und da hat es keine Ersatzlösung gegeben. Es ist zwar klar, dass hier die Staatsgrenze bei uns nicht mehr existiert, dass die Grenzen selbst nicht mehr

existieren, nicht mehr kontrolliert wird, aber die Zollwache hat doch einen entscheidenden Sicherheitsfaktor gehabt. Es wurden dort Personenkontrollen, es wurden dort Passkontrollen durchgeführt und es wurde dort auch die grüne Grenze kontrolliert. In dieser Zeit, seit 1990, haben wir eine Verdoppelung der Kriminalität erlebt oder erleben wir und eine Anhebung oder Verdoppelung der Bürokratie. Jetzt scheint das teilweise in den Statistiken nicht auf, nur wenn ich hier spreche von der Verdoppelung der Kriminalität, dann wurde gleichzeitig die Erhebung, die Erfassung geändert. Früher einmal war ein Einbruch in ein Auto ein Einbruch und damit ein Delikt. Heute ist es, wenn in einer Tiefgarage in der gleichen Nacht in 20 Autos eingebrochen wird, ebenfalls ein Delikt und so ist das bei vielen Straftaten. Zum Beispiel ein Täter beschädigt zehn oder 20 Autos in einer Straße, so ist es ein Delikt, früher waren es die Anzahl der Autos. Und zur Bürokratie, da möchte ich vielleicht ein Beispiel aus der Praxis bringen, das stellt das am besten dar. Es ist gar nicht allzu lange her, da hatten wir einen Einsatz, da wurde in einem Lokal gerauft, es wurde ein Opfer schwer verletzt mit einer Glasscherbe beziehungsweise mit einer Glasflasche, wir sind dann hingekommen, es mussten vier Streifen zufahren, es waren 12 Personen unterschiedlicher Nationalitäten dort. Wissen Sie, was das heißt? Auf einmal hat keiner von denen Deutsch gekonnt, es war wahnsinnig schwer, den Sachverhalt zu erheben, wir brauchten drei Dolmetscher, da können Sie sich vorstellen, eine beträchtlich verletzte Person, acht Polizeibeamte im Einsatz und die Aufarbeitung dieses Falles hat, allein bis einmal der Sachverhalt festgestanden hat, diese Polizeikräfte in etwa vier Stunden gebunden, das ist ein Beispiel. Durch die Flüchtlingssituation, die wir jetzt haben, ist es noch viel schlimmer. Abgesehen davon, dass uns Personal für die Überwachung in Spielfeld und in den einzelnen Unterbringungslokalen abgezogen wurde, hat es hier in einer Nacht zum Beispiel, wo ich Dienst versehen habe, drei Situationen gegeben, wo aufgrund penibler Vorfälle in der Schwarzl-Halle alle verfügbaren Streifen der Stadt abgezogen wurden, alle und das für eine Stunde und das dreimal in der Nacht. Für die Bürger hat das zur Folge gehabt, dass eine Anzeige nicht aufgenommen werden konnte, schwere Sachbeschädigung mit beträchtlichem

Sachschaden, keine verletzte Person, nach eineinhalb Stunden ist dort ein Kollege hingekommen und hat ihnen mitgeteilt, hat nachgefragt, ist jemand verletzt worden, das war nicht der Fall, gehen Sie am nächsten Tag zur Polizeiinspektion und machen sie dort die Anzeige. Wir haben einen Kollegen von der Justiz hier und der Justizwache geht es ja auch ähnlich wie uns bei der Polizei. Wir hatten ursprünglich vor 1990 herum 6.000 Strafhäftlinge, also gerichtlich verurteilte Täter und Täterinnen, die in Strafvollzugsanstalten untergebracht waren. Heute liegen wir bei 9000 oder drüber, obwohl es die Möglichkeit der Fußfesseln gibt und obwohl es die bedingten früheren Entlassungen gibt. Die Kosten des Strafvollzuges sind sehr hoch und daher ist man dazu übergegangen und hat gesagt, wenn es nicht in Österreich wohnhafte und geborene Straftäter gibt, dann sollen die zur Halbzeit oder möglichst früh entlassen werden, damit das Budget, die Kosten entlastet werden und wenn man das jetzt hochrechnet, dann widerspiegelt es die Zahl der Kriminalität. Die Insassen haben sich zwar nicht verdoppelt, aber in Wirklichkeit ist es so. Ein lieber Freund von mir, Vizebürgermeister von Bruck, langjähriger Kommandant der BI Bruck an der Mur, hat hier einen betreffenden Satz gesagt, der zwar etwas zynisch ist, aber...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Bitte langsam zum Ende kommen.

GR. Mag. **Moser**: Den Satz werde ich bitte noch sagen. Während Polizeiinspektionen geschlossen wurden, Justizwachebeamte und Polizeibeamte reduziert wurden und Zollwachebeamte an den Grenzen gänzlich gestrichen wurden, kam es zur Errichtung von Heimen für Einwanderer, deren Zahlen deutlich gestiegen sind. Ganz kurz, Graz ist eine wachsende Stadt, wir haben im Jahr zirka 3000 bis 5000 Einwohner mehr, bei der Polizei hat man reduziert, unser jetziger Landeshauptmann hat einmal 300 Polizeibeamte versprochen, die Justizministerin war dabei, hat das auch zugesagt und es ist bis dato nicht geschehen. Und es ist nur jetzt, und ich sage es ausdrücklich, jetzt die Chance am größten, dass wir verstärkt Polizeibeamte nach Graz kriegen.

Deshalb lese ich nur den

d r i n g l i c h e r A n t r a g

vor. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz erkennt in Anbetracht der gegenwärtigen Situation den dringenden Bedarf, die Zahl der dauerhaft in Graz ihren Dienst versehenen Polizei-Einsatzkräfte um mindestens 100 Beamte zu erhöhen und ersucht die zuständigen Stellen des Bundes am Petitionswege – allen voran die Frau Bundesminister Mikl-Leitner – diese längst notwendige Maßnahme zu veranlassen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Sikora** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, lieber Kollege Rudolf Moser! Grundlegend muss ich einmal sagen, dass ich dir das zugute halten muss, dass die Forderung nach personeller Aufstockung der steirischen und der Grazer Polizei, also ich sehe das eher bundeslanddeckend, wirklich schon seit Jahren auch von deiner Fraktion und da vor allem auch von dir auch schon des Öfteren thematisiert wird und geworden ist. Das Thema ist wirklich sehr ernst, die Vorfälle, wie du das auch richtig geschildert hast, die zeigen es. Also der KPÖ-Gemeinderatsklub wird da auf alle Fälle bei diesem dringlichen Antrag von dir mitgehen und auf Aufstockung von mindestens 100 Exekutivbeamten allein im Raum Graz, also ich hoffe, dass es ja, die Innenministerin hat ja 2000 Planposten versprochen österreichweit. Ich hoffe, dass es dann auch vielleicht die 300 werden, die einmal abhanden gekommen sind. Also von dieser Warte gar kein Widerspruch, was den dringlichen Antrag anbelangt und das einzige Problem, was ich nur habe, und das hast du jetzt in deiner Ausführung nicht gesagt, du hast eigentlich alles richtig gesagt, was auch ich mir so insgeheim denke, nur

im Motivenbericht selbst, da kann ich nicht mitgehen so mit gewissen Äußerungen, weil leider bringst du da Dinge in Zusammenhang, die leider Gottes, so bist du aber nicht, das Gesicht der FPÖ aber wiedergeben und euch aufzeigt, dass ihr mit diesem Antrag nur die Forderung vermischt mit illegaler Zuwanderung und Flüchtlingsproblematik und ich habe das Gefühl, ihr wollt das gegeneinander ausspielen und darum bin ich mit dem Motivenbericht da nicht sehr einverstanden. In Wirklichkeit ist das Dilemma aber rund um die österreichische Exekutive schon damals entstanden und zwar im Jahr 2000 in der Regierung Schüssel/Riess-Passer, wo, wie ich das eh schon erwähnt habe, allein in der steirischen Exekutive 300 Planposten und davon über 100 im Grazer Raum abhanden gekommen sind. Man höre und staune, österreichweit hat es damals eine Reduzierung von Planposten, von Dienstposten bei der Exekutive von 3.000 ergeben, die abgebaut wurden und...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sikora:** Die Zöllner sind ja, wie du weißt, nicht alle, aber teilweise übernommen worden zur damaligen Gendarmerie. Aber nur rein, was da ohne Zollwache, was nur die Exekutive anbelangt, waren das über 3000 allein, was Riess-Passer und Schüssel verursacht haben und das ist so, woran wir noch immer nagen und die uns noch immer nachhängt. Wie gesagt und darum kann ich mit diesem Motivenbericht nicht konform gehen, weil das wirklich weh tut, was damals passiert ist und wir noch immer heute das Dilemma haben also dieses eklatanten Missstandes bei der Exekutive. Und wie gesagt, das ist ein systematisches Abbauen gewesen von gut strukturierten Dienststellen, die wir gehabt haben und eines gut strukturierten Systems, das für Sicherheit und Ordnung in Österreich gesorgt hat und wie gesagt, wir sind da auf einem

Scherbenhaufen von einer vergangenen misslungenen Politik, vor der wir stehen und diese Problematik, glaube ich, ist da zu lösen. Ich glaube auch, dass diese 2000 Planposten, die die Innenministerin versprochen hat bei der Polizei, ich hoffe, dass die nicht nur für Pensionsabdeckungen herangezogen werden, weil du weißt, das war ja das große Thema jetzt, dass bis 2020 über 2000 Exekutivbeamte allein bei der Polizei in Pension gehen und das befürchte ich, dass das nämlich ein guter Trick war von der Innenministerin...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich ersuche, zum Ende zu kommen.

GR. **Sikora**: ...um die Bevölkerung zu beruhigen. Wir werden auf alle Fälle der Dringlichkeit die Zustimmung geben und hoffen, dass, wie gesagt, die Situation bei der Exekutive, also da nenne ich die Polizei- und Justizwache, die genauso ausgeblutet ist, natürlich beim Namen, ich hoffe, dass diese Situation wirklich bereinigt wird und wir ein sicherer Staat werden, und wie gesagt, wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werter Antragsteller! Wenn ich jetzt gleich flapsig wäre wie du bei meinem Antrag zur Leerstandsabgabe, müsste ich sagen, der Antrag oder die Petition ist ein bisschen älter wie der Bart vom Nikolo. Aber die Situation ist viel zu ernst und natürlich ist die Dringlichkeit leider noch immer gegeben und leider, sage ich, sind immer noch zu wenige PolizistInnen in Graz vertreten. Ich war selber in meiner Zeit als

Bezirksvorsteher immer wieder auch im Wachzimmer in meinem Bezirk und habe die Situation dort sehr krass mitbekommen, die ganze Umstellung, wie dann die Beamten, die früher auf der Straße waren, mehr oder weniger zu Verwaltungsbeamten degradiert wurden und wie eine einzige Rauferei in der Nacht bedeutet hat, dass das Wachzimmer lahmgelegt war, weil die Beamten selber dann den ganzen Verwaltungskram erledigen mussten und niemand mehr sie unterstützt hat. Und da hat das ganze Dilemma begonnen und natürlich ist in der jetzigen Situation das Dilemma noch größer, wie wohl man das Ganze bitte nicht vermischen darf und ich mich auch vom Motivenbericht distanzieren möchte. Wie man das, was angekündigt wurde in der Vergangenheit, hernehmen würde, ich glaube, dann würden wir im Schlaraffenland leben, weil ich glaube, wir hätten tausende Polizistinnen und Polizisten. Vor vielen Wahlen wurde von Bürgermeistern, Landeshauptmännern, Ministern angekündigt, jetzt kommt wieder eine neue Welle, sie werden gerade ausgebildet, nur gesehen haben wir sie in Graz noch nicht. Und deshalb ist die Dringlichkeit auf jeden Fall noch gegeben, deshalb werden wir das Ganze unterstützen, auch wenn bisher die vergangenen Innenminister und Frauen in diesem Amt, um es korrekt auszudrücken, bevor die Sissi wieder was sagt, gekommen sind, gegangen sind, eine ist sogar sitzen geblieben und sie haben sich keinen Deut um Petitionen und Unterschriftenaktionen gekümmert. Aber wir sagen, vielleicht ist diesmal dem Ganzen ein Erfolg beschieden. Deshalb ja zur Dringlichkeit und ja zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Antragsteller! Aus Zeitgründen schaue ich meistens den Antrag selber, bevor ich den Motivenbericht noch einmal nachlese, und da habe ich hingeschaut und da ist nichts besonders Neues, dringlich, könnte man sagen, ist es nicht, aber man kann natürlich auch sagen, es ist dringlich, weil das Alte noch nicht erfüllt ist. Wir haben uns auch schon zu mehr Polizei für Graz bekannt und hier gibt es sicher Missstände. Dann habe ich den Antragstext

gelesen, ich meine, dass er manchmal grauslich ist oder sonst irgendwie, kann man im Detail anschauen, aber ich probierte, die Inhalte rauszusuchen und bei den Inhalten bin ich sehr nachdenklich geworden, wo ich an und für sich mit dem Antrag kein Problem habe, aber wenn ich den Motivenbericht durchschaue, die Situation an der Staatsgrenze im Süden der Steiermark, da ist echt eine schlimme Situation. Ich bin mir nicht sicher, ob die Polizei da die richtige Antwort ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da werden wir andere Dinge brauchen, da werden wir die notwendige Unterstützung für die Menschen brauchen, wir werden die versorgen müssen, die werden auf jeden Fall kommen, auch Polizei kann das nicht verhindern, weil sie werden wieder zur Seite gehen, wenn der Rückstau zu groß ist. Was anderes kannst du dort auch nicht machen. Was wir brauchen, ist einfach dort die notwendige Infrastruktur und die notwendige Hilfe, damit diese Menschen gut geordnet eine Aufnahme in Österreich oder eine Weiterreise nach Deutschland erleben können. Dann schreibt ihr weiter, kam es zur Errichtung von Heimen für Einwanderer. Mit dem Begriff Heimen wäre ich überhaupt ein bisschen vorsichtiger, auch von der geschichtlichen Seite her, vielleicht sagt man besser Quartiere, es kam zur Errichtung für Einwanderer, deren Zahl deutlich gestiegen ist. Ja, das ist richtig, aber das ist nicht in erster Linie der Ruf nach Polizei. Wir brauchen vor allem mehr Sozialarbeiter, die dort gut betreuen, dann brauchen wir auch die Polizei nicht. Also ich glaube, dass wir das mit Polizei als erste Antwort nicht gut lösen können. Prinzipiell stehen wir auch zur Forderung nach mehr Polizei, aber vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Forderung nach mehr Polizei nicht die dringlichste, da gibt es andere Dinge, die dringlicher sind und wichtiger sind und deswegen werden wir dem Antrag inhaltlich auch nicht zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzender, hoher Gemeinderat, lieber Rudi! Ich darf vorweg einmal den Anlass nehmen, um der Polizei, den Polizeikräften für ihren wirklich

vorbildlichen Einsatz zu danken, denn sie unter Hintanstellung ihrer Familie und ihrer Freizeit in ganz Österreich leisten und da sind unterschiedliche, je nach Flüchtlingsstrom und nach Übergabestellen und nach den Betreuungsnotwendigkeiten in unserem Bundesgebiet, hier letztlich alle Bereiche, alle Länder und Städte betroffen. Einen herzlichen Dank vorweg (*Applaus ÖVP*). Wir haben schon sehr viele Anträge selbst gestellt, aber sind auch Anträgen beigetreten, die die Dienstpostenerhöhung bei der Exekutive zum Inhalt haben. Es wird daher niemanden wundern, dass wir selbstverständlich diesem Antrag dem Inhalt nach, so wie er auch formuliert ist im Antragstext, vollinhaltlich unsere Zustimmung geben. Aber ich möchte mich da durchaus bei Kollegen Sikora anschließen. Es ist in der zweiten Zeile ausschließlich von der Kategorie illegale Zuwanderung die Rede. Dagegen möchte ich mich verwehren, ja, einerseits es wird, und das wissen wir auch, es gibt illegale Zuwanderer, die sich dann entziehen auch einem Asylverfahren oder überhaupt von der Bildfläche verschwinden. Aber hier ist ausschließlich von diesen die Rede und die überwiegende Mehrzahl sind legale Zuwanderer. Wir schaffen nicht das Recht auf Asyl ab, daher ist die Zuwanderung legal, so wie sie stattfindet. Also ich verwehre mich gegen den Begriff und ich bitte, den auch zu ändern, wir stimmen nur dem Antragstext zu, insbesondere nicht diesem Begriff im Motivenbericht. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Moser**: Lieber Kollege Piffel-Percevic! Du bist auch Jurist und wenn wir hier bewusst das Wort illegale Zuwanderung gewählt haben, so denke ich an Afghanen, die 6000 Kilometer herkommen, die zehn sicheren Drittstaaten dazwischen haben.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Polz-Watzenig: Gibt es das Recht auf Asyl nicht mehr?

GR. Mag. **Moser**: Und wir werden damit leben müssen, dass diese auch hier bleiben. Weil Österreich wird nicht die Möglichkeit haben...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Moser**: Durch zehn sichere Drittstaaten, erklären Sie mir das, damit setzen Sie Schengen außer Kraft, damit setzen Sie diverse Gesetze außer Kraft und das wollen wir nicht. Wir haben das bewusst gewählt und ich sage auch warum, weil wir mit diesen Personen noch die größten Probleme haben werden. Ich habe bewusst dieses Beispiel genannt mit den Dolmetschern, mit dem Einsatz bei nicht österreichischen oder nicht der österreichischen Sprache oder der deutschen Sprache mächtigen Personen. Da brauchen wir 1000 Polizisten in Graz, wenn wir das alles so lösen wollen. Das ist ein immenser Mehraufwand und deshalb wurde dieses Wort bewusst gewählt. Tut mir leid, es ist so, wenn ihr den Motivenbericht ablehnt. Ich habe euch erklärt, warum das so ist und warum wir das bewusst gewählt haben. Ok, ich verstehe dich, Kollege Sikora, du hättest auch gerne mehr für die Justiz, wir auch, vielleicht geht es. Sonst danke ich für die angekündigte Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zum Antrag: Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur das noch einmal unterstreichen, weil es eben immens wichtig ist, was einerseits mein Kollege Gerhard Wohlfahrt schon gesagt hat und jetzt eben auch du, Peter Piffli-Percevic. Erstens, es braucht an der Grenze viele, viele andere Dinge auch, die werden hier nicht erwähnt und ich will nicht, dass das ausgespielt wird gegeneinander. Es braucht, und wir können alle, können Sie auch gerne mitkommen, helfen, ich zeige Ihnen, wo man dorthin kommt, Sie können mithelfen bei der ehrenamtlichen Versorgung der Leute mit Nahrungsmitteln, Sie können mithelfen bei der Versorgung mit Decken, mit Kleidungsstücken, Sie können alle mithelfen, dass es dort für die Leute, die zwischendurch eben warten müssen, denen kalt ist, die hungrig sind, dass es diesen Leuten besser geht. Es ist nicht ausschließlich... es braucht auch Polizei, das ist richtig, es braucht auch professionelle Leute wie Bundesheer, aber es braucht eben auf jeden Fall ganz dringend Menschen, die dort helfen oder Menschen, die, so wie der Peter das macht, wie ich das mache, eine Familie nachher aufnehmen und denen helfen, dass sie hier im Lande wieder Fuß fassen können. Das ist das Wichtige und wenn Sie in Ihrem Motiventext sprechen, was eh schon zitiert wurde, aufgrund der zahlreichen Probleme rund um das Flüchtlingschaos und aufgrund der damit in Verbindung stehenden illegalen Zuwanderung usw. Waren Sie dort vor Ort? Gut, Sie waren es, aber waren Sie in den anderen Grenzregionen? Ich habe, glaube ich, schon einmal hier erzählt, ich war etliche Male sowohl in Ungarn, an der serbischen Grenze, in Kroatien, in Serbien, in Slowenien, um dort Leuten, die über die Grenze kommen, zu helfen, dass die eben ganz normal ihre Möglichkeit haben, Asyl zu suchen, wird dann angenommen oder auch nicht, aber wenn Sie hier sprechen von illegaler Zuwanderung und damit auch Leute aus Afghanistan meinen, die haben genauso ein Recht, in unserem Land Asyl zu suchen, wie alle anderen, dann sagen Sie einfach etwas Falsches und etwas, das auch, wenn das Anliegen, Polizei zu erhöhen in diesem Fall sinnvoll ist, dass einfach der Sache absolut nicht dienlich ist, im Gegenteil, etwas schürt, das hat Kollege Sikora gesagt, er sei nicht das Gesicht der FPÖ oder so weiter, ich denke, das ist genau das Gesicht der

FPÖ, deswegen können wir, obwohl wir verstehen, dass es Sinn macht, mehr Polizei zu haben, diesem Antrag unmöglich zustimmen, weil dieser Motivenbericht genau in eine Richtung geht, die ich wirklich extrem problematisch finde, um nicht Worte zu sagen, die man hier nicht sagt am RednerInnenpult. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

5) Einberufung eines „Baumschutz-Gipfels“ zum besseren Schutz von Bäumen insbesondere bei Bauvorhaben

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Einberufung eines Baumschutz-Gipfels, der den Zweck haben soll, dass es uns in Zukunft gelingt, bei den vielen Bauvorhaben, die derzeit in Graz stattfinden, einen besseren Schutz für Bäume zu gewährleisten. Wir wissen, dass es fast wöchentlich Aufregung gibt um Bäume, die teilweise mit Genehmigung, teilweise illegal, und, ich sage, absichtlich illegal gefällt werden. Ein Beispiel war während des letzten Naturschutzbeirates, wo an der Ecke Theodor-Körner-Straße/Robert-Stolz-Gasse ein vor kurzem erworbenes Grundstück aller Bäume entledigt wurde sozusagen vom frischen Besitzer. Es gibt immer wieder Zeitungsmeldungen, es gibt eigene Initiativen, wie zum Beispiel das unverwechselbare Graz, das heute schon genannt wurde. Es gab den Fall bei der Dominikanerkaserne, wo mir auch der Herr Bürgermeister vor kurzem gesagt hat, wie schockiert er war, wie schön er die Bäume fand und wie schade es ist, was dort passiert ist. Ich habe mich in den letzten Jahren

sehr intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und ich habe da einige für mich sehr überraschende Erkenntnisse gehabt. Eine Erkenntnis war, dass teilweise die Planerinnen/Planer und Architekten die Grundstücke, auf denen sie planen, nicht kennen. Sie wissen gar nicht, dass dort Bäume sind, Bäume, die man möglicherweise erhalten könnte. Ein Fall war zum Beispiel in der Heinrichstraße, da ist ein relativ großes Bauvorhaben gewesen, wo dann noch einmal um weitere Fällungen angesucht wurde und bei der Besprechung hat sich dann herausgestellt, dass der Planer eigentlich noch nie auf dem Grund war und jetzt erst bemerkt hat, schon mitten im Bauen, ups, da habe ich ein Problem, da muss ich noch welche fällen lassen. Ein Problem sind sicher auch die internen Verfahrensabläufe in der Stadt Graz bei Bauverfahren, wo es einfach so ist, dass das Thema Bäume oft nicht thematisiert wird, wo es dann einen Baubescheid gibt, der dann vorliegt und unsere Baumschutzverordnung keine andere Möglichkeit bietet, als dass das Baumschutzreferat den Fällungen zustimmt.

Dann komme ich zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Also wir wissen ja alle, es gibt einerseits das Steiermärkische Baumschutzgesetz, auf dem fußt auch die Grazer Baumschutzverordnung und andererseits bei Bauvorhaben kommen natürlich die Regelungen des Steiermärkischen Baugesetzes zum Zug. Im Zuge dieses Baumschutzgipfels, den ich anrege mit meinem dringlichen Antrag, sollen einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen zu einer Verbesserung des Baumschutzes geklärt werden, das heißt, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen hat die Stadtplanung, hat die Bau- und Anlagenbehörde auf Privatgrundstücken die Möglichkeit, geplante Baumassen auch anders zu positionieren, damit Bäume erhalten werden können, andererseits soll man sich aber auch ganz genau die internen Verfahrensabläufe anschauen, die sollen im Sinne des Baumschutzes verbessert werden und es soll eben die Chance geben, dass möglichst viele Bäume erhalten bleiben.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr werden aufgefordert, einen „Baumschutz-Gipfel“ mit dem Ziel einzuberufen, den Baumschutz in Graz – insbesondere in Bauverfahren – zu verbessern und interne Verfahrensabläufe den Baumschutz betreffend zu optimieren. Ergebnis soll ein Präsidialerlass zu Verfahrensabläufen sein, der festlegt, wann, wo und in welcher Form das Baumschutzreferat einzubinden ist, damit in Zukunft der Erhalt von Bäumen in Bauverfahren verbessert wird.
- 2.) Zu diesem „Baumschutz-Gipfel“ mögen alle in der Thematik zuständigen StadtsenatsreferentInnen, das sind Stadtplanung, Grünraum und Gewässer, Bau- und Anlagenbehörde, Stadtbaudirektion, deren AbteilungsleiterInnen sowie die zuständigen Fach-Referentinnen und -Referenten, der Naturschutzbeauftragte der Stadt Graz, der Magistratsdirektor sowie eine Juristin/ein Jurist der Präsidialabteilung zugezogen werden.
- 3.) Beim „Baumschutz-Gipfel“ wird auch darüber zu reden sein, ob für ein koordiniertes Vorgehen eine Änderung des Bau- oder Baumschutzgesetzes erforderlich ist. Sollte sich eine Änderung der Grazer Baumschutzverordnung als notwendig herausstellen, so ist diese umgehend zu ändern.

Ich möchte da kurz ergänzen, dass wir ursprünglich auch angedacht hatten, gleich den Passus reinzunehmen, sollte es sich herausstellen, dass Änderungen bei Gesetzen notwendig sind, dass man die dann gleich veranlasst. Das war aber nicht möglich, da wir schon eine Petition in einem dringlichen Antrag haben und daher war dieser Zusatzpunkt nicht möglich, hier aufzunehmen. Ich würde mich sehr freuen über eine breite Annahme dieses dringlichen Antrages. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, liebe Andrea! Wir sind auch der Meinung, dass die Möglichkeit der Anwendung der Baumschutzverordnung absolut unzureichend ist. Für uns ist auch jeder Baum, jeder Quadratmeter Grünraum sehr wichtig. Aber genauso zahnlos wie die Baumschutzverordnung ist dieser sicher gut gemeinte Antrag. Weil es soll wieder nur geredet werden und so wie ich das in den letzten fast drei Jahren hier im Gemeinderat und auch im Naturschutzbeirat erleben durfte, ist über das Thema Baumschutz schon viel geredet worden, viel hat es den Grazer Bäumen aber offenkundig nicht genutzt. Was aber etwas nutzen würde, wäre eine Gesetzesänderung. Das Bauverfahren gehört geändert, das Bauverfahren ist im Verwaltungsverfahrensgesetz geregelt und das ist ein Bundesgesetz, das heißt, es gibt die Möglichkeit einer Petition, oder wahrscheinlich zielführender, Lobbying in Wien draußen. Wir Freiheitliche sind ja leider nur Opposition, aber die Grünen sind ja öfter bei diversen Gesetzen auch Steigbügelhalter für die Bundesregierung und da könntet ihr ja die Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes einbringen. Also wir stimmen dem Antrag nicht zu (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Eber** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Andrea! Ich darf einen Abänderungsantrag einbringen. Ich werde ihn zunächst verlesen und dann ein paar kurz erläuternde Worte dazu sagen. Der Abänderungsantrag der KPÖ lautet wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr werden ersucht, im Rahmen eines Baumschutzgipfels, bei welchem alle in der Thematik zuständigen StadtsenatsreferentInnen (Stadtplanung, Grünraum und

Gewässer, Bau- und Anlagenbehörde, Stadtbaudirektion), deren AbteilungsleiterInnen sowie die zuständigen FachreferentInnen, der Naturschutzbeauftragte und die Magistratsdirektion zugezogen werden, Möglichkeiten zu erarbeiten, die eine Einbeziehung der Abteilung Grünraum und Gewässer und des Naturschutzbeauftragten während des Bauverfahrens zum Ziel haben. Um allfällige Ergebnisse dieses Gipfels baurechtlich bindend zu machen, wird allenfalls eine entsprechende Petition an den Landesgesetzgeber notwendig sein.

Für mich geht es bei diesem Abänderungsantrag im Wesentlichen um zwei Punkte. Das Erste, du hast es in deiner Wortmeldung beziehungsweise in der Vorstellung deines Antrages ja vorher schon gesagt, dass ihr nicht an den Landesgesetzgeber sozusagen eine Petition schicken wolltet, weil ihr schon eine habt. Von daher glaube ich auch, so wie es die Kollegin Astrid Schleicher jetzt auch gerade gesagt hat, dass es notwendig ist, das Baugesetz zu ändern, denn das Baugesetz oder im Baugesetz ist geregelt, dass bei einem Bauvorhaben ein vorhandener Baumbestand, selbst dann, wenn er schützenswert sein sollte, vom Bauherrn darauf nicht Rücksicht genommen werden muss. Das ist natürlich ein Passus, mit dem man sozusagen auch die Baumschutzverordnung übertrumpfen kann sozusagen und das ist dann natürlich die notwendige Voraussetzung, um da zu Verbesserungen zu kommen. Der zweite Punkt, um den es mir da aber auch geht, ist jener, dass wir oder dass ich der Meinung bin, dass das Ergebnis des Baumschutzgipfels noch nicht vorweg genommen werden soll in Form eines Präsidialerlasses zu Verfahrensabläufen. Ich bin der Meinung, dass die zuständigen Abteilungen Grünraum und Gewässer, Bau- und Anlagenbehörde, Stadtplanung, Stadtbaudirektion auch derzeit zusammenarbeiten, zum Teil gut zusammenarbeiten und im Rahmen ihrer, zugegebenermaßen beschränkten, Möglichkeiten natürlich versuchen, auch das Bestmögliche für den Grazer Baumbestand herauszuholen. Aber, wie gesagt, da bedarf es eben einer Landesgesetzesänderung des Baugesetzes. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja nicht so, dass dieser dringliche Antrag einfach in meinem Kopf entstanden ist, ich habe dazu auch viele Gespräche geführt mit Mitarbeitern, auch aus der Grünraumabteilung, aus der Stadtplanung, also ich kenne die Abläufe schon ziemlich gut und habe mir auch was überlegt und weiß auch, dass dort dieser dringliche Antrag sehr begrüßt wird. Ich habe auch ausdrücklich geschrieben, dass bei dem Baumschutzgipfel darüber zu reden sein wird, ob für ein koordiniertes Vorgehen eine Änderung des Bau- und Baumschutzgesetzes erforderlich ist. Ich gehe davon aus, wenn das das Ergebnis ist, dass wir dann eine Petition bekommen werden mit entsprechenden Änderungen, deshalb habe ich in meinem Antragstext nämlich auch stehen, dass auch jemand aus der Präsidualabteilung, eine Juristin/ein Jurist, beigezogen werden soll. Wir haben ja da, liebe Astrid, auch gute Erfahrungen, was unseren dringlichen Antrag zu den Hundefreilaufzonen betrifft, da hat es eine sehr gute Formulierung gegeben aus der Präsidualabteilung. Das heißt, da wird dann auch alles vorbereitet, damit man auf gesetzlicher Ebene aktiv werden kann. Ich halte deinen Abänderungsantrag für eine Abschwächung des vorliegenden dringlichen Antrages. Ich glaube einfach, dass er so, wie er jetzt formuliert ist, und das habe ich auch von Mitgliedern aus der Verwaltung bestätigt bekommen, sehr gut ist. Ich glaube, dass es keine Vorwegnahme des Präsidualerlasses gibt, weil er soll ja in den Verhandlungen dann während dieses Baumschutzgipfels erst entstehen und deshalb bitte ich um Annahme meines dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

6) Bildung für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt namens von SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Frau Vizebürgermeister, lieber Kurt, liebe Elke, werte ZuhörerInnen, liebe KollegInnen! Es ist ein dringliches Thema, es ist ein wichtiges Thema, wie ihr wisst, man hat sehr hart darauf gewartet, was jetzt bei diesem Bildungsgipfel herauskommen würde auf Bundesebene und, wie hat es die Sissi so schön gesagt im Ausschuss, der Berg hat gekreißt, ein Mäuschen wurde geboren. Also ein bisschen so ist es jetzt auch und in diesem ganzen Kontext ist leider auch ein sehr wichtiges Thema gar nicht thematisiert worden und das ist der Bildungszugang für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und nicht mehr schulpflichtige Menschen, würde ich jetzt sagen. Weil manches Mal sind es einfach auch Ältere, die die Schulpflicht nicht mehr haben, aber gerne einen Pflichtschulabschluss hätten, weil sie doch im Leben zu dem Punkt gekommen sind, dass sie sagen, ich würde gerne einen Bildungsabschluss haben, ich brauche Qualifikationsmaßnahmen, ich möchte noch einmal einsteigen. Das österreichische Schulpflichtsystem, das habe ich im Antrag auch ausgeführt, umfasst eben diese Schulpflicht für die Dauer von neun Jahren. In manchen Ausnahmefällen kann das manches Mal auf Antrag verlängert werden. Es ist aber nun mittlerweile so, dass wir österreichweit bereits die Zahl der NEETs, das sind jene, die eben not in education, employment or training sind, also jene Jugendlichen und Erwachsenen, die eben weder in Ausbildung noch in Arbeitsverhältnissen oder Fortbildungen sind, bei 78.000 liegt, das ist enorm viel. Allein in der Steiermark sind das 9.400 Menschen, also bei diesen 9.400 Personen sind noch nicht eingerechnet unbegleitete Jugendliche auf der Flucht beziehungsweise nicht mehr schulpflichtige EU-BürgerInnen oder auch andere Drittstaatenangehörige. Das heißt, diese Zahl wird noch einmal um einiges höher sein und es ist durchaus auch ein ökonomisches Argument, weil wenn man sich anschaut die Arbeitslosenstatistiken, die wir haben, wir

haben sehr viele Arbeitslose mit schlechter Qualifikation, sprich ohne Pflichtschulabschlüsse und damit auch mit relativ wenig Perspektive. Also dort zu investieren, heißt wirklich nachhaltig zu investieren in bessere Arbeitsverhältnisse, in mehr Einkommen, in letztendlich mehr Steuern. Also bildungspolitisch ist es kurzsichtig, hier nicht gegenzuarbeiten. Anlass für unseren Antrag, aber auch für viele andere Initiativen, war ja auch, dass in Deutschfeistritz dieses ausgezeichnete Schulmodell geschlossen wurde, in Graz genauso. Also dort soll mit Dezember mehr oder weniger in der Herrgottwiesgasse, glaube ich, ist das, jedenfalls dort sollen sie auch mittlerweile halt jetzt dann mit Dezember aufhören, ohne was anderes zu haben. Also es ist schon so, dass dann geredet wird, ja, es werden Modelle erarbeitet oder so, aber solange diese Modelle nicht da sind, ist es einfach irrsinnig, junge Menschen rauszugeben aus der Schule. Nichts kann einem Besseres passieren, als Jugendliche und Menschen zu haben, die sagen, ich will was lernen, ich will einen Schulabschluss haben. Hurra und danke, jegliches Bildungssystem sieht das sonst auch so. Also diese wirklich zu ermuntern und ihnen Möglichkeiten zu bieten, zu einem formalen Bildungsabschluss zu kommen, das muss für uns alle vordringlich sein. Ich bin sehr froh, dass es dementsprechende Initiativen auch auf Landtagsebene gegeben hat von allen, also von ÖVP, SPÖ und Grünen letzte Woche, auch dort mit einem Schwerpunkt Richtung unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ich bin sehr froh, dass auch der Stadtrat Hohensinner, lieber Kurt, danke dafür, sich bereits in einem Schreiben an die Ministerien gewendet hat, sowohl an die Ministerin ... aber natürlich auch Heinisch-Hosek und Hundstorfer, weil das betrifft ja überschreitend mehrere, dass da ein klarer Aufschrei und ein klares Zeichen aus der Steiermark kommt, so wollen wir das nicht, sondern wir wollen jetzt wirklich nicht Chancen nehmen, sondern Chancen eröffnen, Chancen ausbauen und in diese Richtung formuliere ich auch unseren Antrag, bedanke mich schon dafür, dass die SPÖ mitdraufgegangen ist, auch für die zugesicherte Zustimmung durch die ÖVP.

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek heran und fordert

1. die Aufnahme von nicht-schulpflichtigen Jugendlichen als außerordentliche SchülerInnen an allgemein bildenden Pflichtschulen zu ermöglichen.
2. weiters ein Bildungsmodell für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus etc. – zu entwickeln, das einen Wiedereinstieg beziehungsweise Quereinstieg in das Regelbildungs- und Ausbildungssystem ermöglicht und einen Bildungsabschluss zum Ziel hat.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** zum Antrag: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Wir haben den Antrag sehr gerne unterstützt, weil es ein wahnsinnig wichtiges Thema ist. Wir haben heute schon immer wieder auch über die Asylthematik gesprochen und Polizei ist das eine, kann aber, wie wir auch heute schon gehört haben, minimal dazu beitragen, dass es langfristig dann zu einem guten Zusammenleben kommt. Dafür sind Integrationsmaßnahmen natürlich unglaublich wichtig und Bildung ist die Integrationsmaßnahmen Nummer eins. Ich glaube, da sind die meisten von uns sich jedenfalls einig. Wichtig wäre es und das war wirklich schade, dass das funktionierende Modell in der Steiermark hier vom Ministerium dann auch gestoppt wurde. Es ist aber erfreulich, dass die zuständige Landesrätin Ursula Lackner auch sehr, sehr schnell reagiert hat und dass es dieses Modell geben wird, dass die Jugendlichen jetzt zwar durch NGOs, aber trotzdem nicht fallengelassen werden, sondern dass die Jugendlichen aufgefangen werden und in Bildungsmaßnahmen dann auch wieder weiter die Chance bekommen, sich weiterzuentwickeln. Das Modell gibt es, wird heißen Zukunft Bildung und ist sozusagen ja auch schon praktisch fertig. Natürlich ist

ein Modell außerhalb des Schulwesens nur die zweitbeste Lösung, es fehlt die Inklusion, es fehlt damit der Kontakt zu gleichaltrigen Jugendlichen aus der Steiermark, aus Graz, das heißt, es kann langfristig natürlich nur auch eine Unterstützung, eine Brücke sein hin zu einem anderen Modell, dass aber auf Bundesebene die Rahmenbedingungen erst geschaffen werden müssen und hier ist die Integration in das Pflichtschulwesen, aber auch in das höherbildende Schulwesen, natürlich und in das berufsbildende Schulwesen anzustreben. Wir unterstützen daher sehr gerne diesen Antrag und hoffen auch auf möglichst breite Zustimmung. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.05 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Krotzer**: Ich mache es ganz kurz, die Astrid hat die wesentlichen Punkte gesagt. Ich darf mich namens der KPÖ-Fraktion für diesen wichtigen Antrag bedanken und darf sagen, dass wir dem natürlich zustimmen. Dankesehr.

GR. **Mogel**: Hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Kollegin! Ich mache es auch noch ganz kurz. Wieder ein neuer Versuch, eine falsche Einwanderungspolitik mit unzureichenden Mitteln reparieren zu wollen. Hier werden neue Problemstellungen auf die bereits jetzt schon überlasteten Pflichtschulen abgeladen, Pflichtschulen, die Problemstellung haben wir heute schon einmal geplaudert drüber. In der Hoffnung, die in Mehrheit jungen zuwandernden Männern zu beschäftigen. Wenn man dem ORF Glauben schenken darf, bin ich mir auch nicht sicher, ob diese vielen Raketenforscher und Neurochirurgen an unseren Grenzen, in unseren Hauptschulen überhaupt richtig aufgehoben wären. Bringen wir es auf den Punkt, der Lösungsansatz muss ein anderer sein, nicht Öffnen der Schulen, sondern Schließen der Grenzen (*Applaus FPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ich mache es auch ganz kurz. Ich bin mit der Frau Direktor Krammer da im ständigen Kontakt, die wirklich eine hervorragende Arbeit hier geleistet hat. Leider hat, weil sie mit 1. Dezember eben ihre Kinder dann weitergeben muss. Ich glaube, dass es einfach völlig der falsche Ansatz ist und ich verstehe es einfach wirklich nicht, dass die zuständige Bundesministerin hier jetzt in dieser heiklen Phase diesen Schritt setzt. Es ist rechtlich nicht ganz astrein, was hier betrieben wurde, aber es ist pädagogisch enorm wertvoll, rechtlich hätte man nachbessern können. Versicherungsrechtlich glaube ich, wäre es auch bedenkenlos gewesen, weil es gibt auch eine private Versicherung, aber ich verstehe es nicht, dieses Modell gibt es in den letzten fünf Jahren, ist wirklich ein Erfolgsmodell österreichweit, in Vorarlberg gibt es ein ähnliches Modell, in Vorarlberg stehen sie auch weiterhin zu diesem Modell, die werden dort weitermachen und dass die Bundesregierung ohne ein Ersatzmodell hier diesen Schritt zu setzen, ist verantwortungslos aus meiner Perspektive, deswegen kann ich es nicht nachvollziehen und auch ich habe wirklich ziemlich schnell den Schritt gesetzt, dass ich die zuständigen Ministerien angeschrieben habe und auch ersucht habe, dass man zumindest in diesem Jahr diese Klasse noch fortführt und erst dann mit 2016 ein neues Modell präsentiert für alle, also für zugezogene Jugendliche, aber auch für Jugendliche, die hier schon länger in Österreich sind, und das wäre der eigentlich richtige Weg gewesen, und als Bildungsreferent der Stadt Graz muss ich noch einmal sagen, dass das von der Bundesregierung unverantwortlich ist. Aber ich erkenne es auch an, dass die zuständige Bildungslandesrätin reagiert hat und hier ein Projekt auf die Beine gestellt hat und ich habe aber auch in den letzten Wochen gehört, dass es unter Umständen vielleicht doch noch eine Möglichkeit gibt, deswegen unterstützen wir diesen dringlichen Antrag auch inhaltlich. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Danke für Ihre Wortmeldungen. Danke, Alexandra, noch einmal auf diesen Aspekt der Integration besonders hinzuweisen. Wir haben ihn natürlich reformuliert, weil allein die Vorstellung, unbegleitete Minderjährige, wir wissen, sind einfach ohne Eltern, finden kaum familienähnliche Situationen und die Schule ist dann doch eine Möglichkeit, mit ähnlichen Altersgruppen so etwas Ähnliches zu erleben und diese Integration greift immer sehr viel schneller, wie wir wissen, über Bildungsmaßnahmen. Es ist ein Zusammenleben für alle, das heißt auch natürlich, wenn ich Pflichtschulabschluss habe, dann heißt das, dass ich so etwas wie politische Bildung habe, auch hier wieder geht es um politische Bildung für alle. Was heißt das, Demokratie zu leben, was heißt das, Gleichbehandlung zu leben und ich hoffe ja immer noch, dass wir ganz intensiv auch das sinnerfassende Lesen üben werden, weil wenn ich die Interpretation und die Antworten der FPÖ auf diesen Antrag dann höre, dass damit argumentiert wird, dass es nur um Zuwanderung ginge, wobei die 9.400 Leute, die genannt sind, kein einziger Zuwanderer/Zuwanderin, in eurer Sprache, dabei ist, sondern dass ich da wirklich jetzt auch von Steirerinnen und Steirern, die schon hier als solche gemeldet sind, spreche, dann frage ich mich schon, wann macht ihr endlich die Fortbildung im sinnerfassenden Lesen? Ich denke, ein Budget dafür könnten wir aufstellen. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.